

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10163 –**

Reduktion des Temperaturpfades gemäß dem Auswärtigen Amt

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, sagte in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ in Bezug auf ihre Erklärung zu „fossilen Energien“ auf der Weltklimakonferenz in Dubai im Dezember 2023, dass man „[...] seit Paris, also vor acht Jahren, von einer damals vorausgerechneten Erderwärmung von ungefähr vier Grad zumindest runtergekommen [...]“ und nun „[...] auf einem Pfad“ sei, „[...] der zwischen 2,5 und 2,9“ Grad läge (www.deutschlandfunk.de/annalena-baerbock-cop28-klimapolitik-klimawandel-100.html).

Dabei ist nachweislich der Ausstoß an CO₂ weltweit in derselben Zeit um etwa 5 Prozent angestiegen (de.statista.com/statistik/daten/studie/37187/umfrage/der-weltweite-co2-ausstoss-seit-1751/). Annalena Baerbocks Äußerung im Kontext des Interviews (s. o.) lässt jedoch die Fragesteller vermuten, dass sie dies auf Maßnahmen in Bezug auf den CO₂-Ausstoß im Energiebereich zurückführt.

1. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die Änderung des Erwärmungspfades, wie in der Vorbemerkung der Fragesteller beschrieben, innerhalb des Zeitraums von 2014 bis 2023 (bitte ausführlich benennen und erläutern)?

Die Bundesregierung verweist auf den im November 2023 veröffentlichten „Emission Gap Report“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP, www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2023). Dieser Bericht stellt fest, dass es seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens im Jahr 2015 Fortschritte hinsichtlich der globalen Treibhausgasemissionen gegeben hat: Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens hatte man auf Basis der damaligen nationalen Klimapolitiken bis zum Jahr 2030 einen weiteren Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen um 16 Prozent prognostiziert, was einen globalen Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 im Vergleich zu vorindustrieller Zeit um 4 Grad Celsius bedeutet hätte. Auf Grundlage der seit dem Jahr 2015 gemessenen tatsächlichen Treibhausgasemis-

sionen und der Gesamtheit der national bestimmten Klimabeiträge („Nationally Determined Contributions“, NDCs), die die Unterzeichnerstaaten des Pariser Abkommens seither abgegeben haben, berechnet der Bericht dagegen aus heutiger Sicht einen globalen Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 im Vergleich zu vorindustrieller Zeit um 2,5 bis 2,9 Grad Celsius, sofern die NDCs bis zum Jahr 2030 vollständig umgesetzt und diese Minderungsmaßnahmen im Anschluss fortgeführt werden. Diese positive (aber nicht hinreichende) Entwicklung wurde nach Ansicht der Bundesregierung auch durch das vom Pariser Klimaschutzabkommen entfaltete politische Momentum zur Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen verursacht.

2. Führt die Bundesregierung dies auf Änderungen der CO₂-Emissionen innerhalb des Zeitraums von 2014 bis 2023 zurück, und wenn ja, inwiefern (bitte ausführlich erläutern)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.